AZ: 90.0 ja-bi

Drucksache Nr.: 0524/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	02.11.2004	N	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	03.11.2004	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	16.11.2004	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Unterlehberg

Verhandlungsgegenstand:

Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2004

A n t r a g :

1. Die vorherigen Zustimmungen des Ersten Stadtrates vom 21.10.2004 zur Leistung von überplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2004 bis zur Höhe von 382.600 Euro werden nach § 82 in Verbindung mit § 65 Abs. 4 GO genehmigt.
2. Der Leistung von überplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2004 bis zur Höhe von 1.110.000 Euro wird nach § 82 Abs. 1 Satz 4 GO zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen und Minderausgaben.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehrausgaben: 1.492.600 Euro

Deckung durch:

Mehreinnahmen: 1.304.400 Euro

Minderausgaben: 188.200 Euro

Begründung:

Der Fachbereich III beantragt die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und begründet wie folgt:

Zum Drucksachenantrag 1

a) Fachdienst Kinder und Jugend -44-

Die Stadt Neumünster hat sich verpflichtet, die Kosten der Unterhaltung der Kindertagesstätten der freien Träger zu erstatten.

Die letzte Rate der Abschlagszahlungen für 2004 ist am 01.11.2004 fällig. Eine genaue Abrechnung erfolgt im Folgejahr.

Um die letzte Abschlagszahlung leisten zu können, müssen überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden:

3.46400.70501	An kirchliche und sonstige Institutionen für die Unterhaltung von Kindertagesstätten	<u>234.400 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>234.400 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.46400.16200	Kostenausgleich für auswärtige Kinder	33.000 Euro
3.46400.17110	Zuweisung vom Land für Personalkosten freier Träger	51.800 Euro
3.46400.17120	Zuweisung vom Land für Personalkosten (städtische Einrichtungen)	38.000 Euro
3.90000.00300	Gewerbeertrag- und Kapitalsteuer	<u>73.400 Euro</u>
	Mehreinnahmen gesamt:	<u>196.200 Euro</u>
3.45400.76000	Tagespflege	13.200 Euro
3.45620.56200	Fachfortbildung	12.000 Euro
3.45620.56210	Fachberatung	<u>13.000 Euro</u>
	Minderausgaben gesamt:	<u>38.200 Euro</u>

Da die 4. Rate am 01.11.2004 fällig ist, hat der Unterzeichner am 21.10.2004 eine Eilentscheidung nach § 65 Abs. 4 GO getroffen.

b) Fachdienst Kinder und Jugend -44-

Bei den beantragten Mehrausgaben handelt es sich um Landesmittel für die Förderung des pädagogischen Personals bei Freien Trägern von Kindertageseinrichtungen, die durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt sind.

Es müssen daher überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden:

3.46400.70502	Vom Land für Personalkosten freier Träger	<u>148.200 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>148.200 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.46400.17110	Zuweisung vom Land für Personalkosten freier Träger	<u>148.200 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>148.200 Euro</u>

Da die Haushaltsmittel bis zur nächsten Sitzung der Ratsversammlung am 16.11.2004 nicht ausreichen, hat der Unterzeichner am 21.10.2004 eine Eilentscheidung nach § 65 Abs. 4 GO getroffen.

Drucksachenantrag 2

a) Fachdienst Wirtschaftliche Hilfen -40-

Es wurden aufgrund der angespannten personellen Lage im Fachdienst 40 und im Hinblick auf die Umsetzung der gesetzlichen Änderungen zum 01.01.2005 („Hartz IV“) Assistenzkräfte und zusätzliche Angestellte mit einem befristeten Vertrag bis zum 31.12.2004 versehen.

Zudem besteht eine Vereinbarung mit den Personaldiensten, dass für die Mitarbeiter des Fachdienstes 40 auf Wunsch bis zu 60 Überstunden vergütet werden, wenn diese im Zusammenhang mit der Antragserfassung für Hartz IV entstehen. Hierbei ist mit Mehrausgaben in Höhe von ca. 28.500,-- Euro zu rechnen.

Die zu erwartenden Mehrausgaben belaufen sich auf insgesamt 113.000,-- Euro.

Eine Deckung kann über Mehreinnahmen im Bereich der Leistungen von Sozialleistungsträgern erfolgen. Bei den Leistungen von Sozialleistungsträgern handelt es sich zum weit überwiegenden Teil um Erstattungsleistungen des Arbeitsamtes in Fällen, wo der Fachdienst 40 zur Überbrückung in Vorleistung getreten ist.

3.40000.41000	Gehälter Beamte	12.000 Euro
3.40000.41400	Vergütungen Angestellte	100.000 Euro
3.40000.42000	Versorgungsbezüge Beamte	<u>1.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>113.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.41000.24500	Leistungen von Sozialleistungsträgern	<u>113.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>113.000 Euro</u>

b) Fachdienst Allgemeine Soziale Dienste -41-

- Durch den Wechsel beim Personal haben sich Änderungen in der Höhe der aktuellen Personalkosten ergeben und müssen angepasst werden.
- Bei notwendigen Herausnahmen von Kindern und Jugendlichen aus der Familie ist ein Grundsatz des Fachdienstes 41, diese vorrangig in einer Pflegefamilie anstatt in Heimerziehung unterzubringen. Hierzu sind Mehrausgaben in der Vollzeitpflege erforderlich. Die Mehrausgaben können gedeckt werden durch Mehreinnahmen im Rahmen von Kostenerstattungen durch andere Jugendhilfeträger.

3.40700.41400	Vergütungen Angestellte	40.000 Euro
3.45500.76056	Vollzeitpflege § 33 KJHG	<u>150.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>190.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.45500.16200	Kostenerstattung von anderen Jugendhilfeträgern	140.000 Euro
3.45500.25500	Leistungen von Sozialleistungsträgern	<u>50.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>190.000 Euro</u>

c) Fachdienst Hilfe in besonderen Lebenslagen -42-

Für die Aufgabenwahrnehmung im stark angestiegenen Arbeitsfeld der Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbsminderung ist dem Fachdienst „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (42) ein weiterer Beamter aus dem Fachdienst „Wirtschaftliche Hilfen“ (40) zugeteilt und die Arbeitszeit von zwei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen erhöht worden.

Die an die Versorgungsausgleichskasse zu zahlende Umlage wurde in einem Maße erhöht, wie es von der für die Kalkulation zuständigen Stelle im Fachbereich I – Zentrale Steuerung und Dienste – nicht voraussehbar war. Die daraus resultierenden Ausgaben sind mit dem Fachbereich I abgestimmt worden.

3.40020.41000	Gehälter Beamte	18.000 Euro
3.40020.41400	Vergütungen Angestellte	4.000 Euro
3.40020.43000	Versorgungskassen Beamte	<u>35.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>57.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.41920.16200	Kostenerstattung von anderen Sozialhilfeträgern	<u>57.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>57.000 Euro</u>

d) Fachdienst Hilfe in besonderen Lebenslagen -42-

In der Grundsicherung konnten durch einen erhöhten Personaleinsatz erneut erhebliche Rückstände der Anträge der Fachdienste Wirtschaftliche Hilfen und Hilfe in besonderen Lebenslagen und soziale Förderung (327 Fälle bis 07/04 und 153 Fälle zusätzlich bis 09/04) für das Jahr 2003 nachträglich bewilligt werden. Es handelt sich hierbei um Leistungen für Personen, die bis zum Bewilligungszeitpunkt lfd. Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen aus beiden Fachdiensten bezogen haben.

Gemäß Haushaltserlass 2005 des Landes vom 10.09.2004 wird ein Teil der entstehenden Mehrbelastungen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung der Bund übernehmen. Die Höhe des Bundeszuschusses ist alle 2 Jahre, erstmals zum 31.12.2004, auf Grund der den Kreisen und kreisfreien Städten unmittelbar entstandenen Mehrausgaben zu überprüfen. Ggf. soll im Rahmen der für das erste Halbjahr 2005 geplanten Abrechnung der Ausgaben 2003 und 2004 verhandelt werden. Sowohl die Landesbeteiligung als auch der Bundeszuschuss werden auf der Grundlage der tatsächlichen Ist-Ausgaben anteilig an die Träger der Grundsicherung, die Kreise und kreisfreien Städte, verteilt. Die rückständigen Grundsicherungsleistungen sind somit vorrangig abzurechnen, um den Zuschuss für die nächsten 2 Jahre zu sichern.

Durch extreme Fallzahlsteigerungen, rückwirkende Zahlungen über 1 ½ Jahre und im rückwirkenden Zeitraum abgeschlossene Gutachten der LVA/BfA zur Feststellung der Erwerbsminderung auf Dauer, sind die bereits im Juli 2004 überplanmäßig beantragten Haushaltsmittel von 1.600.000 Euro bis zum Jahresende nicht mehr auskömmlich.

3.48500.78100	Leistung der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen	50.000 Euro
3.48500.78200	Leistung der Grundsicherung innerhalb von Einrichtungen	<u>700.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>750.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.40020.16400	Erstattung von Fachdienst 40 für Schuldnerberatung	50.000 Euro
3.41920.16200	Kostenerstattung von anderen Sozialhilfeträgern	100.000 Euro
3.90000.00300	Gewerbeertrag- und Kapitalsteuer	<u>450.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>600.000 Euro</u>
3.41020.73010	Laufende Leistungen (ohne Hilfe zum Lebensunterhalt)	50.000 Euro
3.41100.74200	Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen, stationär	<u>100.000 Euro</u>
	Minderausgaben insgesamt:	<u>150.000 Euro</u>

In Vertretung

Arend
Erster Stadtrat